

Jugendpolitisches Programm



SoVD
Jugend

Barrierefreier Broschüreninhalt:
www.sovd.de/jugendpolitisches-programm/

Jugendpolitisches Programm
verabschiedet von den Delegierten
der 19. Bundesverbandstagung
des Sozialverband Deutschland (SoVD)
in Berlin
im November 2011

1. Vorwort



Nico Hamkens
Bundesjugendvorsitzender

Liebe Freundinnen und Freunde der SoVD-Jugend,

die SoVD-Jugend ist die Jugendorganisation des Sozialverband Deutschland e.V.. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, junge Menschen mit und ohne Behinderungen, egal welcher Herkunft, Religion und Weltanschauung zusammen zu bringen, um gemeinsam Freizeit zu gestalten, interessante Seminare anzubieten und sozialpolitische Arbeit zu leisten.

Da wir die Nachwuchsorganisation des Sozialverband Deutschland sind, ist jedes Mitglied des SoVD bis einschließlich 27 Jahre Mitglied der SoVD-Jugend. Die SoVD-Jugend ist in den Bundesländern, Kreisen und Städten in Gruppen organisiert, die selbständig Aktivitäten gestalten und ihre Vertreter in den Bundesjugendvorstand senden.

Um einen Leitfaden für die inhaltlichen Themenschwerpunkte der SoVD-Jugend zu entwickeln, gibt sich die SoVD-Jugend alle vier Jahre ein neues Jugendpolitisches Programm, welches hiermit vorliegt. Mit diesem Programm möchten wir zudem unsere Forderungen an die Politik formulieren und uns zeitgemäß präsentieren.

Dabei gibt es für uns diverse jugend-, sozial- und behindertenpolitische Schwerpunktthemen. Das wichtigste Ziel ist es für uns, die Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder in allen Lebenssituationen zu erreichen. Menschen mit Behinderungen, Migranten und sozial Schwächere gehören nicht ausgegrenzt. Die auch von Deutschland ratifizierte Behindertenrechtskonvention ist uns Verpflichtung, für ihre Einhaltung in allen Lebensbereichen zu kämpfen. Dies bedeutet für uns, dass alle Kinder gemeinsam Kitas und Schulen besuchen und zusammen den Weg in die Arbeitswelt gleichberechtigt beschreiten können und dass Barrieren und Hindernisse im täglichen Leben abgebaut und überwunden werden.

Die soziale Schere in Deutschland klafft immer weiter auseinander, mit verheerenden Konsequenzen für die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft. Vor allem Kinder aus armen Familien leiden stark unter ihren fehlenden Möglichkeiten. Sie sind erwiesenermaßen in der Schule benachteiligt, können nicht am kulturellen Leben angemessen teilnehmen und drohen in eine Armutsspirale zu fallen, die oftmals ihre Zukunft eklatant negativ bestimmt. Sie wachsen zudem gesundheitsgefährdeter auf und werden öfter Opfer von Gewalt. In diesem Jugendpolitischen Programm fordern wir angemessene Anstrengungen der Politik, Wirtschaft und Verwaltung, diesem Szenario entgegenzuwirken und bessere Möglichkeiten und Chancen für die junge Generation herbeizuführen. Die soziale Herkunft darf nicht maßgeblich die Chancen vieler junger Menschen in der Zukunft negativ beeinflussen.

Als Jugendorganisation im SoVD möchten wir einen Beitrag zur Schaffung von mehr Solidarität in unserer Gesellschaft leisten. Unsere Anliegen haben wir in diesem Jugendpolitischen Programm formuliert und werden unseren Beitrag dafür leisten, sie umzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, benötigen wir aber immer auch die Hilfe sozial engagierter Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderungen, Barrierefreiheit zu erlangen und zu erhalten verlangt immer wieder von Neuem, dass man sich einsetzt und bereit ist für diese Ziele zu kämpfen. Eine funktionierende Gesellschaft kann nur Bestand haben, wenn sie auf dem Fundament der Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Gesellschaftsmitglieder steht. Werdet Mitglied im SoVD und der SoVD-Jugend. Nur mit eurer Hilfe können wir es schaffen, unser Jugendpolitisches Programm mit Leben zu erwecken und mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu schaffen.



Nico Hamkens

Bundesjugenvorsitzender

Inhalt

1. Vorwort	1
2. Familie	5
2.1 Familienhilfe	5
2.2 Kinderarmut	5
3. Kindheit	7
3.1 Frühförderung	7
3.2 Frühkindliche Prävention und Gesundheit	8
3.3 Kinderrechte und gewalt- freie Erziehung	8
4. Schule	9
4.1 Eine inklusive Schule für alle	9
4.2 Ganztageschulen	9
4.3 Ausstattung	10
4.4 Föderale Strukturen	10
4.5 Schulabschluss	10
5. Ausbildung/Studium	12
5.1 Regelausbildung	12
5.2 Duales System	13
5.3 Vernetzung Ausbildungssektor	13
5.4 Universitäten/Hochschulen	13
5.5 Persönliche Assistenz	14
6. Arbeit	15
6.1 Mindestlohn	15
6.2 Arbeitsassistentz	15
6.3 Arbeitsmarkt	15
6.4 Ausgleichsabgabe	16

7. Soziale Sicherung		17
7.1 Krankenversicherungssysteme	17	
7.2 Rentenversicherung	18	
7.3 Pflegeversicherung	18	
7.4 Unfallversicherung	19	
7.5 Hartz IV	19	
7.6 Persönliches Budget	19	
8. Jugendhilfe		21
8.1 Lokale Vernetzung		
u. Ausstattung	21	
8.2 Interkulturalität	21	
8.3 Freizeit/Reisen	22	
9. Barrierefreiheit		23
9.1 Verkehr	23	
9.2 Medien	23	
9.3 Wohnen	24	
10. Zukunft		25
10.1 Umwelt	25	
10.2 Frieden	25	
10.3 Entwicklungshilfe	26	
10.4 Europa	26	
10.5 Bürgerbeteiligung	27	

2. Familie

Das 20. Jahrhundert hat unserer Gesellschaft vieles an Neuerungen verschafft. So gab es neben den politischen Revolutionen, auch einschneidende Neuerungen in den Bereichen Gesellschaft und der Entwicklung neuer Formen des Zusammenlebens. Die Familie, wie sie noch vor 50 Jahren existierte, ist im derzeitigen 21. Jahrhundert auch noch existent, doch hat sich das familiäre Spektrum stark erweitert. Je vielfältiger die Gesellschaft ist, desto vielfältiger sind auch die Formen des familiären Zusammenlebens. Wir sehen das Zusammenleben von mindestens zwei Menschen, welche sich gegenseitig auf gemeinsame Verantwortung verständigt haben, als Familie an. Dies kann die klassische Familie sein (Vater, Mutter, Kinder) oder eben auch sogenannte Patch-Work-Familien, Ein-Eltern-Familien geschiedener bzw. nie verheirateter Paare, gleichgeschlechtliche Paare.

Der Staat muss sich aufgrund der heutigen sozioökonomischen Entwicklung und Rahmenbedingungen für den sozialen Ausgleich und die gleichberechtigte Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft einsetzen.

2.1 Familienhilfe

Die SoVD-Jugend fordert eine konsequente Vernetzung von Jugendämtern, Kitas, Schulen, Vereinen und Jugendhilfeeinrichtungen. Der Bereich der Familien- und Jugendhilfe erfordert eine angemessene finanzielle, personelle und materielle Ausstattung. Der allgemeine Sparzwang in den kommunalen Haushalten trägt dazu bei, dass die Aufgaben der jugendrelevanten Institutionen nicht ausreichend erfüllt werden. Die heutigen Anforderungen und Problemlagen erfordern eine deutliche Aufstockung der zur Verfügung gestellten Mittel.

2.2 Kinderarmut

In der reichen Bundesrepublik Deutschland ist laut UNICEF jedes sechste Kind von Armut betroffen. Obwohl die Kinderarmut nach wie vor stetig steigt, was aktuelle Studien bele-

gen, ist immer noch keine Trendwende in Sicht. Die Einführung des Elterngeldes hatte keine positiven Effekte. Seit der Streichung des Elterngeldes für Leistungsempfänger nach dem SGB II hat sich die Situation in diesem Bereich verschärft. Diesem skandalösen Zustand in einem der reichsten Länder der Erde muss Einhalt geboten werden. Die SoVD-Jugend fordert eine Vielzahl von Maßnahmen gegen Kinderarmut, die sich nicht nur auf finanzielle Hilfen wie eine Grundsicherung der Kinder beschränken können. Das von der Bundesregierung eingeleitete Bildungspaket ist in seiner Ausgestaltung nicht ausreichend, um eine Teilhabe von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu erreichen.

Die Grundlagen zur Minderung der Folgen von Kinderarmut werden nicht zuletzt in der frühzeitigen Förderung und der Ausbildung benachteiligter Kinder gelegt. Wir fordern daher die flächendeckende Schaffung von inklusiven Ganztageschulen und Kindertageseinrichtungen.

Kostenfreie Schulessen, psychologische- und sozialpädagogische, familientherapeutische und medizinische Betreuung der betroffenen Kinder und Familien müssen obligatorisch für alle Kinder zur Verfügung gestellt werden, um den Auswirkungen von Kinderarmut entgegenwirken zu können.

3. Kindheit

Das Erziehungssystem der Bundesrepublik Deutschland ist immer noch stark von traditionellen Rollenvorstellungen geprägt. So ist augenfällig, dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kitas in vielen Regionen der Bundesrepublik noch nicht ausreichend ist. Während in den alten Bundesländern durchschnittlich eine Kitabetreuung von nur 17 Prozent angeboten wird, ist dieser Wert in den neuen Bundesländern im Durchschnitt bei 48 Prozent angesiedelt.

Wir fordern eine grundsätzlich kostenfreie Kinderbetreuung.

3.1 Frühförderung

Kinder aus allen Schichten benötigen bei Bedarf eine früh ansetzende Förderung. Kindertagesstätten für Kinder von 0-3 Jahren mit möglichst universitär ausgebildetem Personal bieten hierfür gute Voraussetzungen. Der von der SoVD-Jugend geforderte gesetzliche Anspruch auf Betreuung für Kinder von 0-3 Jahren wird ab Sommer 2013 garantiert. Es ist aber zu befürchten, dass der gesetzliche Anspruch und die Wirklichkeit noch weit auseinander liegen werden. Nach heutigen Erkenntnissen wird die angestrebte Umsetzung scheitern. Es wird an räumlichen Kapazitäten und entsprechend qualifiziertem Personal mangeln, wenn nicht unmittelbar gegengesteuert wird.

Wir fordern, dass der Berufsstand der Kinderbetreuerinnen und -betreuer durch eine höherwertige Ausbildung aufgewertet und durch angemessene Bezahlung attraktiv gestaltet wird. Dazu gehört auch, dass der Betreuungsschlüssel nach gängiger wissenschaftlicher Maßgabe eingehalten wird. Das bedeutet, dass in der frühkindlichen Betreuung ein Schlüssel von eins zu drei erforderlich ist.

3.2 Frühkindliche Prävention und Gesundheit

Eine frühkindliche Prävention über regelmäßige Untersuchungen soll durch die Kindertagesstätten, Schulen sowie Jugendämter gewährleistet sein, um frühzeitig Defizite festzustellen. Hierdurch werden bei sprachlichen, körperlichen und kognitiven Rückständen frühzeitig Förderungen initiiert, um eine annähernde oder vollständige Chancengleichheit zu erreichen.

Neben dem bestehenden System der Vorsorgeuntersuchung, welches noch ausgeweitet werden sollte, besteht auch die Notwendigkeit der gesundheitlichen und ernährungswissenschaftlichen Erziehung der Kinder und Jugendlichen in den Kindertagesstätten und Schulen als integraler Bestandteil des Tagesablaufes. Hierzu zählen unter anderem Suchtprävention, Sport und die gemeinsame Zubereitung und das gemeinschaftliche Essen von gesunder und ausgewogener Kost.

3.3 Kinderrechte und gewaltfreie Erziehung

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt seit dem Jahr 2010 uneingeschränkt auch in Deutschland. Nunmehr gilt es, die Kinderrechte auch im Grundgesetz und den Verfassungen der einzelnen Bundesländer aufzunehmen, sofern dies noch nicht geschehen ist.

Eine gewaltfreie Erziehung muss eine Selbstverständlichkeit in Deutschland sein. Präventiv müssen Familien in Problemlagen familienbegleitende Dienste zur Verfügung gestellt werden.

4. Schule

Das Schulsystem in Deutschland ist streng föderal gegliedert und verfügt über sechzehn weitgehend autonome Schulsysteme. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg ist in Deutschland stark ausgeprägt. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen erfahren in den deutschen Schulsystemen immer noch eine nur unzureichende Förderung. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde von Deutschland 2008 ratifiziert. Mit der Ratifizierung hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem in allen Bereichen anzubieten und allen Kindern und Jugendlichen die Chance zu geben, zusammen auf Regelschulen ihren Schulalltag zu bestreiten.

4.1 Eine inklusive Schule für alle

Wir fordern gemäß Art. 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine Schule, in der alle Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam in Regelschulen unterrichtet werden. Danach hat eine Aufgliederung der Absolventen in Oberstufe und Berufsausbildung zu erfolgen. Eine schulische Laufbahn in Förderschulen soll nur in gut begründeten Einzelfällen möglich sein. Inklusion muss das oberste Gebot einer Schullaufbahn sein. Dies beinhaltet zudem, dass eine Verlängerung der Schulzeit durch „Sitzenbleiben“ ausgeschlossen ist. Die Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Schulen soll den individuellen Fähigkeiten entsprechend sein.

4.2 Ganztageschulen

Wir fordern, dass für alle Schulkinder der Schulalltag in qualifizierten Ganztageschulen obligatorisch wird. Hier ist der Rahmen für eine individuelle Förderung im Schulalltag gegeben. Schulleistungsnachteile können in diesem Rahmen erkannt und ausgeglichen werden. Die deutschlandweit flächendeckende Bereitstellung eines Ganztagesschulangebotes

bedarf einer personellen, sachlichen, fachlichen und materiellen Ausstattung, die qualitativen Erfordernissen angemessen ist.

4.3 Ausstattung

Die personelle Ausstattung von Schulen muss neben dem Lehrpersonal auch die schulärztliche, psychologische und sonderpädagogische Betreuung gewährleisten. Vor Ort muss es zur Vernetzung mit erziehungsrelevanten Einrichtungen, wie den öffentlichen Trägern, Ämtern und Vereinen kommen. Die baulichen Gegebenheiten müssen selbstverständlich barrierefrei gestaltet sein. Schulische Ausstattung und Hilfsmittel haben grundsätzlich kostenfrei zu sein.

4.4 Föderale Strukturen

Der deutsche Bildungsföderalismus ist durch die Föderalismusreform 2006 ausgebaut worden. Den Ländern sind hierdurch noch mehr Bildungskompetenzen zugesprochen worden. Länderübergreifende Reformbemühungen, die zum gesamtstaatlichen Ausbau von inklusiven Maßnahmen an deutschen Schulen führen, sind somit unterbunden worden. Die Vergleichbarkeit im schulischen Bereich kann auf dieser Grundlage nicht hergestellt werden und erschwert unnötig den Schulwechsel über Ländergrenzen hinweg. Wir fordern die Rücknahme der Föderalismusreformbeschlüsse auf der Bildungsebene und gesamtdeutsche Bemühungen zu mehr Integration und Inklusion an deutschen Schulen. Die regionalen Bedürfnisse in einem integrativen und inklusiven Schulsystem für alle können trotz allem zur Geltung kommen.

4.5 Schulabschluss

Alle Schüler müssen die Chance bekommen, einen hochwertigen Abschluss zu erreichen. Dies ist vor allem deswegen erstrebenswert, da in Deutschland die Abiturientenraten sehr

gering und die Schulabbrecherquoten im internationalen Vergleich sehr hoch sind. Um aber international wettbewerbsfähig zu sein, müssen die Schulabschlüsse in Deutschland ein vergleichbares Niveau erreichen. Die Anstrengungen hierzu gilt es zu forcieren. Die Zahl der Schulabgänger, die ohne einen qualifizierenden Abschluss die Schule verlassen, gilt es zu minimieren.

5. Ausbildung/Studium

Die derzeitige Ausbildungsplatzsituation auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist nach wie vor beunruhigend. Viele Ausbildungswillige und -suchende finden keine Ausbildungsstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt. Sie sind zu einem großen Teil gezwungen, einen Beruf in einem Bildungsinstitut zu erlernen. Lebenswirklichkeit und Arbeitserfahrung auf dem freien Arbeitsmarkt wird hier nicht ausreichend vermittelt. Junge Menschen mit Behinderungen sind hiervon noch viel stärker betroffen. Für sie ist es nur schwer möglich, einen Ausbildungsplatz in der Privatwirtschaft zu bekommen. Auch die öffentlichen Arbeitgeber kommen ihrer Verpflichtung nicht nach.

An den Universitäten ist im internationalen Vergleich eine negative Abschlussbilanz zu verzeichnen. Europaweit besitzt Deutschland eine zu geringe Anzahl an hochqualifizierten Hochschulabsolventen. Die Folge hieraus ist eine zu geringe Anzahl an hoch ausgebildeten Fachkräften, die wiederum Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten gewährleisten.

5.1 Regelausbildung

Betriebe, die nicht ausbilden, sollen zu einer Ausbildungsplatzabgabe verpflichtet werden. Schon jetzt fehlen dem deutschen Arbeitsmarkt gut ausgebildete Fachkräfte. Verschärft hat sich die Situation durch die Weltwirtschaftskrise. Ausbildungsbetriebe die ihrer Ausbildungsverantwortung nachkommen, dürfen nicht durch Abwerbung ihrer qualifizierten Kräfte durch nicht ausbildende Betriebe benachteiligt werden. Die Ausbildungsquote muss sich massiv erhöhen. Die Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt besitzt Priorität. Viele Ausbildungswillige, die keinen Ausbildungsplatz nach ihrer Regelschulzeit bekommen haben, werden in sogenannten „Maßnahmen“ geparkt und fallen so aus der Statistik der aus-

bildungsplatzsuchenden Bewerber. Diese Praxis lehnen wir ab. Wir fordern eine monatlich erscheinende, ungeschönte Ausbildungsplatzstatistik durch die Agentur für Arbeit.

Da auf dem ersten Ausbildungsmarkt erfahrungsgemäß nicht ausreichend Ausbildungsplätze verfügbar sind, müssen überbetriebliche Ausbildungsplätze in qualifizierten Einrichtungen wie Berufsbildungswerken zur Verfügung gestellt werden.

5.2 Duales System

Das duale System zur Ausbildung in Deutschland muss weiter gestärkt werden. Im internationalen Vergleich hat sich diese Ausbildungsform zwischen den Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen bewährt.

5.3 Vernetzung Ausbildungssektor

Die Struktur des Ausbildungssektors muss stark vernetzt sein. Agenturen für Arbeit, Schulen, Ausbildungsbetriebe müssen ein sich ständig im Austausch befindliches Netzwerk bilden, um ausbildungswilligen Schülerinnen und Schülern möglichst effizient eine Ausbildungsstelle bieten zu können.

5.4 Universitäten/Hochschulen

Die meisten deutschen Hochschulen sind bis heute noch immer nicht komplett barrierefrei. Für einen freien Zugang zu Studium, Ausbildung, Forschung und Lehre ist die Barrierefreiheit unabdingbar.

Die Erhebung von Studiengebühren in diversen deutschen Bundesländern hat das Problem einer zu geringen Studentenzahl in Deutschland zusätzlich verschärft. Aus diesem Grund fordert die SoVD-Jugend, dass es in Deutschland ein studiengebührenfreies Erststudium gibt. Zudem fordern wir ein elternunabhängiges Studentengeld an den deutschen Hoch-

schulen. Hierdurch würde die Studiendauer verkürzt und mehr junge Menschen zum Studium animiert. Eine Finanzierung des Erststudiums über Kredite durch den privaten Bankensektor lehnen wir ab.

Die SoVD-Jugend fordert, dass an allen Hochschulen Deutschlands Mentorenprogramme für Studenten mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen angeboten werden. Die Beratung der eingeschränkten Studierenden muss verbessert werden, um Benachteiligungen auszugleichen. Zudem fordern wir eine Studienbegleitung für Studienanfänger aus bildungsfernen Schichten, da diese Gruppen verstärkt von einem vorzeitigen Studienabbruch bedroht sind.

5.5 Persönliche Assistenz

Eine persönliche Assistenz muss für Menschen mit Behinderungen und gesundheitlich eingeschränkte an Universitäten und den Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden. Dies muss gesetzlich verpflichtend sein. Für den Nachteilsausgleich ist eine persönliche Assistenz unabdingbar. Der Staat muss hierfür die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um die Betriebe und Institutionen zu entlasten. Persönliche Assistenz stützt die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt und wirkt solidaritätsstiftend. Sie verschafft behinderten Menschen einen Zugang zum Ausbildungsmarkt.

6. Arbeit

Die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor stark angespannt. Betroffen von der hohen Arbeitslosigkeit sind in Deutschland neben Langzeitarbeitslosen und älteren Menschen auch besonders stark junge Menschen, die am Anfang ihrer Erwerbskarriere stehen. Menschen mit Behinderungen sind zudem in einem großen Maße vom Lohnerwerb auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Verschärfend kommt hinzu, dass viele Erwerbstätige mit ihrem Lohn nicht mehr ihre Lebenshaltungskosten decken können. Deswegen fordern wir für alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft die Chance auf eine zufriedenstellende und lebenshaltungskostendeckende Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt.

6.1 Mindestlohn

Der Arbeitsmarkt muss einen Mindestlohn bieten, der eine ausreichende Sicherung des Lebens gewährleistet. Arbeitnehmer dürfen nicht so wenig Geld verdienen, dass sie zusätzliche soziale Leistungen des Staates in Anspruch nehmen müssen.

6.2 Arbeitsassistentz

Die Arbeitsassistentz für behinderte Menschen muss gewährleistet sein, um die Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen. Hierfür hat der Staat die Verantwortung zu tragen, um das Solidaritätssystem zu garantieren.

6.3 Arbeitsmarkt

Die SoVD-Jugend spricht sich gegen Ein-Euro-Jobs aus. Hier wurde ein zweiter Arbeitsmarkt geschaffen, der von diversen Instanzen ausgenutzt wird, um kostengünstig wirtschaften zu können. Ein-Euro-Jobs vermitteln keinen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Einzig positiver Effekt der Ein-Euro-Jobs ist die Rückführung zu einem geregelten Arbeitsablauf. Wir favorisieren gezielte und effektive Fortbildungsangebote.

Die Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt lehnen wir grundsätzlich ab. Hierzu zählen auch postgraduelle Praktikumsstellen hochausgebildeter junger Leute. Wir fordern die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, die lebensunterhaltsdeckend sind.

Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nach wie vor nur die Ausnahme bilden, um die Lebensplanung junger Menschen verlässlich zu gewährleisten.

6.4 Ausgleichsabgabe

Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die zentrale soziale Herausforderung für unsere Gesellschaft. Sie kann und muss durch arbeitsmarktpolitische Einflussnahme, besonders durch eine aktive Beschäftigungspolitik auf allen Ebenen überwunden werden. Für die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen tragen alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber eine besondere Verantwortung. Sie müssen ihrer im Schwerbehindertenrecht festgelegten Beschäftigungspflicht endlich in vollem Umfang nachkommen. Ohne Erfüllung dieser Verpflichtung bleiben alle Maßnahmen der beruflichen und sozialen Inklusion fragwürdig. Aus diesem Grunde ist die Ausgleichsabgabe für jeden unbesetzten Pflichtplatz auf € 600,00 zu erhöhen.

7. Soziale Sicherung

Die sozialen Sicherungssysteme sind in den letzten Jahren von hektischen Reformbemühungen geprägt. Bezeichnend hierbei sind die Halbwertzeiten der einzelnen Reformbemühungen. Die neuen Reformen werden oftmals nach kurzer Zeit von neuen Reformprojekten abgelöst. Nachhaltiges Handeln durch die Politik ist nicht zu erkennen. Zudem eskalieren die Kosten der sozialen Sicherungssysteme. Durch Schaffung von Niedriglohnarbeitsplätzen steigen die Transferleistungen des Staates immer stärker an. Zudem werden in diesen prekären Arbeitsverhältnissen keine Sozialversicherungsbeiträge in das Sozialversicherungssystem abgeführt. Verschärft wird die Krise der Sozialversicherungssysteme durch die Tatsache, dass durch Mindereinzahlungen aufgrund von Niedriglohnjobs und Kindererziehung eine verstärkte Altersarmut droht. Zudem steigen die Kosten der Krankenversicherungen. In den letzten Jahren ist deswegen eine Tendenz zur Zweiklassenmedizin zu beobachten. Gut Verdienende und Privatversicherte werden durch das Gesundheitssystem bevorzugt behandelt. Ein weiteres Problemfeld im Sozialversicherungssystem bieten die Pflegekassen. Die Pflege in Deutschland ist dringend reformbedürftig, um pflegebedürftigen Menschen ein würdevolles Leben zu bieten.

7.1 Krankenversicherungssysteme

Die SoVD-Jugend fordert, dass alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland den besten Krankenversicherungsschutz für sich in Anspruch nehmen können. Wir verurteilen eine Zweiklassenmedizin und fordern eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger der Bundesrepublik einzuzahlen haben.

Wir fordern, die Zuzahlungsregelungen nicht weiter auszudehnen und zu entbürokratisieren. Wir verlangen eine Rückkehr zu einem paritätischen Krankenversicherungssystem, in

dem die Arbeitgeber nicht bevorzugt behandelt werden und die Kostensteigerungen für das Gesundheitssystem nicht einseitig die Arbeitnehmer tragen müssen.

7.2 Rentenversicherung

Um einer drohenden Altersarmut vieler Menschen entgegenzuwirken, fordern wir den Staat auf, eine gerechte Altersfinanzierung aller Menschen zu gewährleisten. Dies trifft vor allem auf Menschen zu, die in ihrer Arbeitsbiografie geringe Einkünfte hatten und haben, aber trotz dessen auf eine lange Zeit des Einzahlens in die Rentenkasse blicken können. Zukünftig fordern wir die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden. Denn die von einer durchgehenden sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung geprägten Erwerbsbiographien sind seit Jahren auf dem Rückzug. Stattdessen nimmt die Zahl der Erwerbstätigen zu, die infolge einer sozialversicherungsfreien Selbständigkeit oder einer prekären Beschäftigung (z. B. Mini- oder Ein-Euro-Job) Lücken in ihren Erwerbsverläufen aufweisen und damit einer besonderen Gefahr von Altersarmut ausgesetzt sind. Um diesem wachsenden Schutzbedürfnis Rechnung zu tragen, müssen in einem ersten Schritt alle Erwerbstätigen ohne obligatorische Alterssicherung in die solidarische Rentenversicherung einbezogen werden. Ferner muss geprüft werden, wann in einem zweiten Schritt auch die anderen Erwerbstätigen (z. B. Politiker, Beamte und Berufsständler) unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben zur Stärkung der Solidargemeinschaft in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden.

7.3 Pflegeversicherung

Die SoVD-Jugend fordert eine menschenwürdige Pflege mit hohen Qualitätsstandards. Dabei ist die häusliche Pflege einer stationären Unterbringung vorzuziehen. In der Regel möchten

pflegebedürftige Menschen in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld ihren Lebensalltag verbringen. Die unterschiedlichen Pflegeinstanzen müssen stärker miteinander vernetzt werden. Hierdurch kann eine patientennahe Qualitätssteigerung erreicht werden. Zudem muss eine psychologische und pflegebegleitende Unterstützung für pflegende Angehörige geschaffen werden, um sie von der starken Belastung zu entlasten. Die Pflegeversicherung muss paritätisch finanziert sein. Die SoVD-Jugend fordert auch hier eine Pflegebürgerversicherung.

7.4 Unfallversicherung

Die Unfallversicherung muss in ihrer heutigen Funktion und Ausgestaltung erhalten bleiben. Privatisierungstendenzen in der gesetzlichen Unfallversicherung werden von uns strikt abgelehnt. Um Versicherungsfällen effektiv entgegenzuwirken, fordern wir präventive Maßnahmen, die schon im Ausbildungs- und Schulsektor einsetzen und von der gesetzlichen Unfallversicherung implementiert werden.

7.5 Hartz IV

Bezieher von Hartz-IV-Leistungen haben ein Grundrecht auf ein würdevolles Leben und ein Einkommen, das dies ermöglicht. Die SoVD-Jugend fordert eine transparente und gerechte Berechnung der Leistungsansprüche von Hartz-IV-Leistungen. Familien mit Kindern bedürfen einer besonderen Förderung durch den Staat. Eine Stigmatisierung und Schlechterstellung durch den Bezug von Hartz IV verurteilen wir. Der Staat muss alle Möglichkeiten nutzen, um eine gleichwertige Teilnahme von Kindern aus transferleistungsbeziehenden Familien am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

7.6 Persönliches Budget

Seit dem 1. Januar 2008 haben Menschen mit Behinderungen einen gesetzlichen Anspruch auf Gewährung eines Persönlichen Budgets in Form von Geldleistungen bzw. eines Gut-

scheins. Somit können Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache unabhängiger und mit flexiblen, selbst gewählten Hilfen ihr Leben gestalten. Sie können entscheiden, wann, wo und von wem sie Leistungen in Anspruch nehmen möchten. Gerade jüngere Menschen mit Behinderungen sind an dieser Form der Leistungsgewährung interessiert. Leider sind die Leistungsträger in vielen Fällen immer noch nicht über die Gewährung dieses Rechtsanspruches hinreichend informiert und blockieren diesen Rechtsanspruch.

Die SoVD-Jugend fordert eine bundesweite Qualifizierungs- und Informationsoffensive für die Leistungsträger und für Menschen mit Behinderungen über den Rechtsanspruch zur Gewährung des Persönlichen Budgets. Die bisherigen Bemühungen sind bei Weitem nicht ausreichend. Es herrschen bei möglichen Leistungsbeziehern und Leistungserbringern immer noch Informationsdefizite.

8. Jugendhilfe

Jugendhilfeeinrichtungen in Deutschland sind einem ständigen Sparzwang durch die Kommunen, der Länder und des Staates unterworfen. Eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Arbeit ist unter dieser Voraussetzung nur bedingt möglich. Auf intensive Problemlagen im Jugendsektor wird in der Regel nur nach medienwirksamen Problemlagen eingegangen. Die Jugendlichen werden in ihren umfangreichen Problemlagen unter diesen Voraussetzungen von der Jugendhilfe und den Einrichtungen oftmals alleine gelassen. Zusätzlich fehlt es den Einrichtungen der Jugendhilfe sehr oft an einer effektiven Vernetzung. Hierdurch werden sich andeutende Problemlagen zum Teil gar nicht oder zu spät wahrgenommen und erkannt.

8.1 Lokale Vernetzung und Ausstattung

Die finanziellen Probleme der jeweiligen öffentlichen Haushalte dürfen nicht auf Kosten der Heranwachsenden ausgetragen werden. Die Einrichtungen und Behörden haben über eine gute finanzielle und personelle Ausstattung zu verfügen, die es ihnen ermöglicht, effektiv und zeitnah auf Problemsituationen der Heranwachsenden zu reagieren. Sie haben strikt barrierefrei gestaltet zu sein. Zudem muss eine zukunftsgerichtete Jugendarbeit gewährleistet sein. Hierzu trägt eine leistungsfähige Vernetzung der unterschiedlichen Instanzen der Jugendhilfe bei. Jugendeinrichtungen vor Ort müssen mit allen Trägern, Ämtern, Schulen usw. für einen ständigen Austausch vernetzt sein. Eine gute Vernetzung besitzt immer auch eine präventive Wirkung. Aus diesem Grund soll es zu regelmäßigen Treffen der unterschiedlichen Jugendhilfeinstanzen auf lokaler Ebene kommen.

8.2 Interkulturalität

Die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund muss in den Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Ämtern verstärkt gefördert werden. Dies stärkt den Zusammen-

halt der Gesellschaft. Eine gute Jugendarbeit für ausländische und deutsche Jugendliche kann ein Aufflammen von Feindseligkeiten untereinander verhindern.

8.3 Freizeit/Reisen

Reisen für junge Menschen sollen von den Veranstaltern inklusiv und interkulturell gestaltet werden. Hierdurch können Vorurteile untereinander abgebaut und Verständnis geschaffen werden. Selbstverständlich müssen die Voraussetzungen barrierefrei gegeben sein.

9. Barrierefreiheit

Die SoVD-Jugend im Sozialverband setzt sich für eine barrierefreie Umwelt ein, die es auch Menschen mit Behinderungen ermöglicht, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die barrierefreie Gestaltung der Umwelt ist wesentliche Bedingung der Inklusion und eigenständigen Lebensführung von Menschen mit Behinderungen, wie sie auch in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen definiert ist. Eine barrierefreie Umwelt nutzt allen Menschen in ihrem täglichen Handeln.

9.1 Verkehr

Verkehrsmittel und Verkehrsanlagen sind barrierefrei aus- und umzubauen. Menschen mit Seh- bzw. HörBehinderungen ist die gefahrlose Teilnahme am öffentlichen Personen- und Straßenverkehr durch akustische, optische und taktile Orientierungshilfen zu ermöglichen. Der öffentliche Personennahverkehr ist auf der Basis des Niederflurkonzepts weiterzuentwickeln und auszubauen.

Die SoVD-Jugend fordert die Deutsche Bahn und alle anderen Verkehrsunternehmen auf, sämtliche Bahnhöfe und Züge zeitnah barrierefrei zu gestalten, so dass diese uneingeschränkt von Menschen mit Behinderungen genutzt werden können. Nur durch diese Umsetzung ist es jedem Menschen mit Behinderungen möglich, die preisgünstigste Zugverbindung zu wählen. Solange diese Wahl der Zugverbindungen nicht gegeben ist, fordert die SoVD-Jugend Vergünstigungen für mobilitätsbehinderte Reisende.

9.2 Medien

Für Menschen mit SinnesBehinderungen erfolgt der Informationsfluss oftmals über das Medium Fernsehen. Die Fernsehprogramme müssen aus diesem Grund obligatorisch mit

Untertitel bzw. einem Gebärdensprachdolmetscher ausgestattet sein und Audiodeskription über Zweikanalton bieten.

Dem Internet kommt eine ähnliche Bedeutung wie dem Fernsehen als Informationsmedium zu. Auch hier müssen die einzelnen Internetauftritte barrierefrei durch Seiten mit einer großen Schrift sowie einer Audiosprachübersetzung gestaltet sein.

9.3 Wohnen

Für mobilitätsbeschränkte Menschen ist das Finden einer entsprechenden, barrierefreien Wohnung immer noch mit erheblichem Aufwand verbunden. Wir fordern, dass Neubauten bindend behindertengerecht errichtet werden müssen. Zudem soll der Denkmalschutz nicht im Widerspruch zu einer barrierefreien Nutzung stehen. Denkmalschutz hat Barrierefreiheit zu gewährleisten.

10. Zukunft

Die Zukunft ist durch vielfache Herausforderungen bestimmt: Die Umweltprobleme werden aller Voraussicht nach in einen eklatanten Klimawandel mit weitreichenden Folgen münden, wenn es nicht zu sofortigen Aktivitäten zur Vermeidung weiterer bzw. bestehender klimaverändernden Verschmutzungen kommt. Auch das rasante Bevölkerungswachstum mit allen einhergehenden Problemen wie Ressourcenmangel, Armut, Hunger und Durst wird ein wichtiges zu bewältigendes Problem der Zukunft sein. Hiervon künden schon heute die großen Flüchtlingsströme aus den armen Regionen der Erde.

10.1 Umwelt

Die aktuellen Entwicklungen zwingen die Menschheit zur wohl größten Herausforderung seit Jahrhunderten. Der Umbau der weltweiten Wirtschaft auf umweltverträgliche Produktionsweisen wird massive Forschungsressourcen benötigen. Der Nichtumbau wird mit Geldmitteln nicht zu bezahlen sein.

Deutschland muss seine Bemühungen weiter forcieren. Wir fordern den konsequenten Umbau der Energieversorgung auf alternative, ressourcenschonende Energien. Mit einer nachhaltigen Energie-, Industrie- und Umweltpolitik kann es der Menschheit gelingen, die eklatantesten Auswirkungen des Klimawandels erträglich zu gestalten. Die einzuleitenden Maßnahmen haben kurzfristig, also ab sofort, zu erfolgen.

10.2 Frieden

Der Sozialverband Deutschland ist als Kriegsofopferverband mit den Auswirkungen zweier großer Weltkriege konfrontiert worden. In vielen Regionen der Erde gibt und kommt es immer noch zu menschenverachtenden kriegerischen Handlungen.

Als Jugendorganisation des Sozialverbandes verurteilen wir aggressive Kriegsaktivitäten weltweit. Die Staatengemeinschaft hat diesen weltweit entgegenzutreten. Hier ist ein konsequentes Handeln der Vereinten Nationen einzufordern.

10.3 Entwicklungshilfe

Die SoVD-Jugend positioniert sich zustimmend zu effektiven Instrumenten der Entwicklungshilfe. Wir wollen, dass diese so zielgerichtet wie irgend möglich gestaltet werden. Entwicklungshilfe darf aber keine Abhängigkeiten schaffen. Sie soll lokale Energien und Märkte vor Ort unterstützen. Wir gehen davon aus, dass die Menschen in den Entwicklungsländern genügend Energie und Ideen haben. Unsere Aufgabe muss die Unterstützung dieser sein. Wir wollen die Hilfe nicht mit politischen Forderungen verbinden. Die Wahrung der Menschenrechte muss gewährleistet sein. Auf der anderen Seite müssen die westlichen Nationen ihre Subventionen und Handelsschranken abbauen. Nur auf dieser Basis kann ein fairer Weltmarkt geschaffen werden.

10.4 Europa

Europa hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg und vielen Millionen Opfern sukzessive für die europäische Einigung entschieden. Gegenwärtig sind 27 Staaten in der Europäischen Union Mitglied. Trotz der politischen Schwierigkeiten, die dieser Einigungsprozess birgt, unterstützt die SoVD-Jugend die europäische Idee aus voller Überzeugung. Der Zusammenschluss vieler Nationen in einem Staatenbund bietet die Chance langfristig Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Europa zu erreichen und zu sichern. Eine Einigung hilft Vorurteile und Ressentiments untereinander abzubauen.

Als Basis eines geeinten Europas müssen verbindliche Sozialstandards geschaffen werden, die allen Bürgern der Europäischen Union soziale Sicherung und Teilhabemöglichkeiten bieten.

Wir befürworten die Wirtschafts- und Währungsunion und fordern gleichrangig eine Sozialunion mit gleichen sozial- und arbeitsrechtlichen Standards europaweit. Wir fordern die konsequente Umsetzung der von der Europäischen Union ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen. Eine entsprechende Behörde, analog dem Institut für Menschenrechte in Deutschland, soll die Schritte zur Umsetzung überwachen und Verstöße dokumentieren.

10.5 Bürgerbeteiligung

Nur eine frühe Einbeziehung der Interessengruppen verhindert Fehlplanungen und Geldverschwendungen der öffentlichen Haushalte. Wir fordern daher die Vertreter der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU auf, schon früh auf die Zielgruppen zuzugehen und ihr geistiges Kapital zu nutzen.

Wir möchten die bestehenden Richtlinien für Volksbegehren verbessert und damit vereinfacht wissen. Wir fordern Plebiszite auch auf Bundesebene. Durch Mitbestimmung der Bürger kann der Politikentfremdung vieler Menschen entgegengetreten werden.

Herausgeber

SoVD-Jugend
im Sozialverband Deutschland e.V.
Stralauer Straße 63
10179 Berlin

Tel. (030) 72 62 22 - 0

Fax (030) 72 62 22 - 311

jugend@sovde.de

www.sovdjugend.de

www.sovde.de | www.sovde-tv.de

kontakt@sovde.de

Titelfoto:

© Galina Barskaya - Fotolia

Druck

Elbe Druckerei Wittenberg GmbH